

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Besondere: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Abgabestellen 2 Uhr. Im Monat, bei Jahrbuchung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2,50 RM., zuzüglich Abgabe. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pf. pro Woche. Abgabe an den Besteller. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen und die Vollständigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen und die Vollständigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 167. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 20. Juli 1927

Die Kapitulation.

Wien ist wieder ruhig, ist eine Stadt, deren äußere Physiognomie schon wieder fast als normal zu bezeichnen ist. Der Streit ist zu Ende; denn die sozialdemokratische Partei- und die Gewerkschaftsleitung haben ihn abblasen müssen. Er war nicht bloß zwecklos geworden, weil der Bundeskanzler Dr. Seipel alle Forderungen ablehnte, er wurde auch zur Gefahr. In den kleinen Städten und auf dem Lande regte es sich und der Marsch auf die großen Städte war schon keine Drohung mehr, sondern war hier und da schon zur Tat geworden. In Tirol, in Steiermark, in Kärnten und im Salzburgerischen konnten die Landesregierungen mit Hilfe der Heimatwehren eine Gegenaktion rasch durchführen, die dem Streit das Rückgrat zerbrach.

Und an dem tatsächlich erzwungenen Ende ändert nichts mehr, daß die Kommunisten eine Fortsetzung des Kampfes predigen, Roskau seine Hand hineinsteckt; der deutsche Kommunismus und Reichstagsabgeordnete Viecklam zu spät im Flugzeug herangebracht; die Polizei griff zu und schloß ihn fest zusammen mit ein paar Beamten der Wiener russischen Handelsvertretung. Sicherlich wird Roskau protestieren; aber die Polizei behauptet, Material genug zu haben zum Beweis dafür, daß mit auswärtiger Förderung ein regelrechter Putschversuch geplant war. Sehr glaubhaft; es wäre ja nicht das erstmal gewesen. Und wird auch wohl nicht das letzte sein.

Die Sozialdemokratie mußte kapitulieren. Bedingungslos. Keine Straffreiheit ist den Streitenden zugesichert worden und in der Hand der Regierung liegt es ganz allein, ob sie die Drahtzieher zur Verantwortung ziehen will. Freilich — in Österreich ist noch viel von dem Selbst — oder Ungeist erhalten geblieben, den einst ein Ministerpräsident in die Worte ließ: „Es wird fortgewürfelt.“ Schon hat sich innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie die Frage erhoben, warum diese ganze Aktion verpaßte. Sie übernahm die Leitung einer Demonstration, die ihr überraschend gekommen war, schon längst aber zur Revolte wurde. Die Flammen, in denen der Justizpalast aufging, beleuchteten eine schwere Niederlage der Partei und der Gewerkschaften und nun beginnt man, nach einem Sündenbock zu suchen. Daran ändert nichts die bayerische Rückzugstrategie der Zeitungen, auch nicht, daß es ein Kommunismus war, der den ersten Schuß abfeuerte. Der Rest, das, was übrigbleibt, ist eine schwere wirtschaftliche Schädigung, die noch lange nachwirken wird. Daß sie nicht größer wurde, verhinderte nicht die Aufgabe des Streiks, sondern seine schon allzu deutlich gewordene Ausichtslosigkeit.

Der radikale Flügel der österreichischen Sozialdemokratie, die ja an sich schon radikal genug ist, ist offenbar dem Druck von noch weiter links erlegen und der rote gab gleichfalls nach. Wer aber wieder einmal talentlos beiseite räumt, das ist das Wiener Bürgertum gewesen. Ihm fehlt jeglicher politischer Wille; es ist innerlich zerstückt von Krieg und Nachkriegszeit. In aller Schottland stand sich aber die Wiener Arbeiterklasse und das flache Land gegenüber, das nun auch zweifellos eine künstliche Nachkriegszeit den im Kampf unterliegen gegenüber nicht bilden wird. Jene Elemente zum mindesten, die im Dunklen wühlten und von denen die Kräfte hindurchlaufen nach Roskau, wird die Regierung Seipel eine harte Hand zeigen müssen.

Nach außen hin sind die Flammen erloschen, aber im Innern der unglücklichen Staaten werden sie weiter schmelzen. Ein Geschehnis wie das, das sich in Wien ereignete, bringt ja wachsende Erbitterung mit sich. Auf beiden Seiten. Und weiter wird sich diese Mißgeburt von Staat durch die öde, ausschließliche Armut ihres Daseins hinschieben müssen.

Volle Wiederaufnahme des Verkehrs in Oesterreich.

Eine sozialdemokratische Niederlage.

Nachdem die lokalen Verkehrskreise in Österreich schon am Sonntag beendet worden waren, ist jetzt auch der Verkehr der Eisenbahn- und Postbetriebe auf Veranlassung der sozialdemokratischen Parteileitung und der Gewerkschaftskommission abgebrochen worden. Die Arbeitsaufnahme hat sich überall glatt vollzogen, nur in Tirol haben sich Schwierigkeiten ergeben, wo die Eisenbahnen auf einigen Bahnhöfen den Dienstverkehr verweigerten, weil die Landesregierung diese Stationen von Militär und Gendarmen besetzen lassen. Der Aufbruch auf Telegraphen und Telegraph war außerordentlich hart, trotzdem wickelte sich der Verkehr gut ab.

Der Beschluß der Arbeitsaufnahme in den Verkehrsbetrieben ist gefaßt worden, ohne daß irgendwelche Vereinbarungen mit der Regierung abgeschlossen wurden. Bekanntlich sollte der Verkehrskreis von den Sozialdemokraten als politisches Druckmittel auf den Bundeskanzler zur Umkehr der Regierung benutzt werden. Der Verkehrskreis sei, so heißt es in einer vom sozialdemo-

Der deutsch-belgische Notenwechsel.

Was in den Noten steht.

Die deutsche Regierung hat auf die belgische Note, die zu den Vorwürfen des belgischen Kriegsministers gegenüber der deutschen Reichswehr Stellung nahm, jetzt eine Antwort erteilt, die bereits in Brüssel überreicht worden ist. Zwar werden auf Wunsch Belgiens beide Noten noch amtlich gebehaltene, doch sind schon jetzt Einzelheiten aus dem Notenwechsel inoffiziell bekannt geworden. Der belgische Kriegsminister führt seine Vorwürfe in der Hauptsache auf drei Momente. Erstens bezieht er sich auf eine Note der Vorkriegskonferenz vom Februar 1925, in der gegen die Reichsregierung der Vorwurf erhoben ist, daß sie mehr als die im Versailler Vertrag zugelassenen 5 Prozent vorzeitiger Entlassungen vornehme. Zweitens wird darauf hingewiesen, daß nach einer Erklärung des Wehrministers Geßler im Reichsratsauschuß von 60 000 Freiwilligen, die sich für die Marine gemeldet haben, nur 1800 eingestuft worden sind. Daraus folgert die belgische Regierung: da die Marine insgesamt 15 000 umfasse, seien also in einem Jahre 12 Prozent (1800) neu eingestuft worden. Drittens: aus einer Erklärung des demokratischen Abgeordneten Rönneburg im Reichstag gehe hervor, daß jährlich 15 000 Mann aus der Reichswehr ausscheiden.

In der deutschen Antwort wird nun, wie in Berliner diplomatischen Kreisen verlautet, festgestellt, daß im Jahre 1925 überhaupt keine Note der Interalliierten Militärkontrollkommission bei der deutschen Reichsregierung eingegangen sei. Was die Entlassungen in den Jahren 1925 und 1926 anbetreffe, so seien in diesen Jahren weniger Mannschaften entlassen worden, als es Deutschland erlaubt wäre. Die Ausführungen des Abg. Rönneburg bezogen sich nicht etwa auf jährliche Entlassungen.

Außerdem hat sich der belgische Kriegsminister auch noch auf die unverhältnismäßig hohen Kosten, die das 100 000-Mann-Heer dem deutschen Volke verursache, bezogen. In der deutschen Note wird hierzu gesagt, daß die Kosten für das durch den Versailler Vertrag geschaffene Berufsheer weit höher seien als die für ein Heer nach der allgemeinen Wehrpflicht. Außerdem seien die Preise für Material, Bekleidung und Munitionsherstellung außerordentlich gestiegen. Jedenfalls hat Deutschland die Angriffe des belgischen Kriegsministers restlos widerlegen können.

Praktischen Parteivorstand herausgegebenen Verlautbarung, nicht nur zum Zeichen des Protestes, sondern vor allem auch deswegen proklamiert worden, um der Reaktion zu zeigen, daß die Arbeiterklasse kampffähig sei. Als Grund der Einstellung des Verkehrs wird angegeben, daß bei längerer Dauer des Streiks infolge des Stodens der Rohstoffzufuhr viele Betriebe eingestellt werden müßten. In der Tat waren bei der Streikleitung Berichte eingegangen, daß eine Fortdauer des Bahn- und Poststreiks innen- und außenpolitisch zu einer Katastrophe führen würde.

Einberufung des Nationalrats.

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten hat an den Präsidenten des Nationalrates, Kiska, ein Schreiben gerichtet, in dem er auf Grund der Bestimmungen der Geschäftsordnung die Einberufung des Nationalrates für Montag, den 25. Juli, verlangt. Der Präsident hat im Sinne dieser Eingabe die Einberufung der Sitzung verfügt. Mit Rücksicht darauf, daß die Bewachung des Parlamentsgebäudes durch Abteilungen des Bundesheeres weiterhin nicht mehr als notwendig erscheint, wurde durch das Polizeipräsidium deren Zurückziehung veranlaßt.

Die die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet, hat die Staatsanwaltschaft Revision gegen das Urteil im Schattendorfer Prozeß eingelegt, dessenwegen es zu den schwersten Unruhen in Wien gekommen ist.

Die kommenden Postgebühren.

Beschluß des Verwaltungsratsausschusses der Reichspost. Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost hat die Gebührenvorlage der Post erledigt. Dabei hat er die Erhöhung der Ortsbriefgebühren für Orte mit über 100 000 Einwohnern auf 15 Pfennig abgelehnt, dagegen das Ortsbriefporto allgemein auf 10 Pfennig festgesetzt. Er hat ferner beschlossen, dem Plenum des Verwaltungsrates folgende wichtigeren Gebühren vorzuschlagen:

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 Pf., Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 15 Pf., Postkarten im Ortsverkehr 5 Pf., Postkarten im Fernverkehr 8 Pf., Drucksachen in Form einfacher Karten 3 Pf., Drucksachen bis 50 Gramm 5 Pf., Geschäftspapiere, Warenproben und Mitteilungen bis 250 Gramm 15 Pf., Päckchen bis 1 Kilogramm 40 Pf.

Belgien antwortet von neuem.

Brüssel, 19. Juli. Die belgische Regierung hat bereits heute auf die gestrige Note der deutschen Reichsregierung eine Antwort bei Herrn von Kester überreichen lassen. Darin wird gegen den Vorwurf, daß Belgien die Locarno-Politik nicht einhalte, protestiert und versichert, daß die Informationsquellen des belgischen Kriegsministers durchaus zuverlässig seien. Dreequeville holte alle angeführten Zahlen über Entlassungen und Einstellungen bei der Reichswehr aufrecht, fügt aber hinzu, daß die Erklärungen der belgischen Regierung auf einen Beschluß der Vorkriegskonferenz vom 15. Februar 1925 zurückzuführen. Dreequeville holte weiter aufrecht, daß die militärischen Ausgaben im Hinblick auf die 100 000 Mann zählende deutsche Armee zu hoch seien und daß die Ausgaben für die Verteidigung gegenüber 1913 stark angewachsen seien. Sie betrügen 62 Prozent des Etats von 1913. Die Angaben Dreequevilles über die Ausführungen des Abg. Rönneburg stützen sich auf Mitteilungen deutscher Zeitungen. Rönneburg habe im Reichstag erklärt, daß jährlich 15 000 Mann aus der Reichswehr entlassen würden.

Brüssel wenig erbaut von der belgischen Antwort.

Brüssel, 19. Juli. Die belgische Antwortnote ist heute abend in den Brüsseler Blättern veröffentlicht worden. Die belgische Regierung weigert sich, ihre direkten und indirekten Informationsquellen anzugeben. Zudem stützen sich die Angaben Dreequevilles auf den Etat Reichswehr und auf Artikel deutscher Zeitungen, aus denen er seine Schlüsse gezogen habe. Die Veröffentlichung der Note ist in Brüssel mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. In bestimmten Kreisen erklärt man, daß die Ausführungen Dreequevilles unzuverlässig gewesen seien und sich auf weit zurückliegende Dokumente stützten, die durch Entscheidungen der Vorkriegskonferenz überholt seien. Die belgische Antwortnote wird als eine Polemik und nicht als eine Antwort, die sich auf Beweise stützt, angesehen. In Regierungskreisen soll über die Zweckmäßigkeit der Note eine geteilte Ansicht herrschen.

Für Pakete werden an Stelle der bisherigen drei Zonen fünf eingeführt. 1. Zone bis 75 Kilometer Gebühr bis 5 Kilogramm 50 Pf., für jedes weitere Kilogramm 10 Pf.; 2. Zone über 75 bis 150 Kilometer Gebühr 60 Pf., für jedes weitere Kilogramm 20 Pf.; 3. Zone über 150 bis 375 Kilometer Gebühr 80 Pf., für jedes weitere Kilogramm 30 Pf.; 4. Zone über 375 bis 750 Kilometer Gebühr 80 Pf., für jedes weitere Kilogramm 20 Pf.; 5. Zone über 750 Kilometer Gebühr 80 Pf., für jedes weitere Kilogramm 50 Pf.

Die Bestimmung, daß bei Benutzung von Wertzeichen gebenen Postkarten zum Nennwert von 8 Pf. für 10 Pf. abgegeben werden können, soll dahin abgeändert werden, daß bei Wertzeichengebern zwei Postkarten zu 8 Pf. für 15 Pf. abgegeben werden.

In Postschekverkehr sollen die Gebühren belaufen für Einzahlungen mit Zahlkarte bei Beträgen bis 10 Mark wie bisher 10 Pf., von mehr als 10 bis 25 Mark 15 Pf., von mehr als 25 bis 100 Mark 20 Pf., von mehr als 100 bis 250 Mark 25 Pf. In den folgenden Stufen bis 1250 Mark bleiben die Gebührenhöhe unverändert. Die Überweisungen von einem Konto auf ein anderes bleiben gebührenfrei, die Auszahlunggebühren bleiben unverändert. Für die Briefe der Postschekkunden an die Postbediensteten in Postbedienstungen bei Verwendung der besonderen gelben Briefumschläge wird eine Gebühr von 5 Pf. erhoben, für das Ausfertigen des Kontoauszuges eine Gebühr von 5 Pf.

Die Vorkriegsgebühr für gewöhnliche Inlandstelegramme soll im Ortsverkehr 8, im Fernverkehr 15 Pf. betragen.

Militärischer Angehorsam in Frankreich.

Revolutionäre Kundgebungen in Toulon und Cherbourg. Im Marinegefängnis in Toulon leisteten 140 Matrosen Arbeitsverweigerung und saugen die Internationalen. Da die Polizei gegen die Widerständigen nicht ausreichte, mußte Gendarmerie mobilisiert werden. Viele der Gefangenen bekamen Einzelhaft. Noch bedeutender war eine antimilitärische Kundgebung von Matrosenreferenten in Cherbourg. Etwa 100 aus Paris kommende Matrosen weigerten sich, die für sie bestimmten Lastautomobile zu besteigen, und zogen unter dem Gesang der Internationalen und dem Ruf: „Gebt uns einen Frauen Prost“ durch die Stadt. Die Polizei nahm darauf zahlreiche Verhaftungen vor, wobei auch Pakete mit Flugzetteln antimilitärischen Inhalts beschlagnahmt wurden.